

Rückfragen bitte an:

Michael Fritsch (Sprecher)
michael.fritsch@gruene-karlsfeld.de



Karlsfeld, 29.11.2026

Pressemitteilung zur Reduktion des Busangebots in Karlsfeld, Umwelt und Verkehrsausschuss am 26.11.2025

Bereits ab dem 15.12.2025 entfallen Teile des Busangebotes der Linien 701/712. Trotz wesentlicher Informationsdefizite forciert die CSU-Mehrheit im Gemeinderat die extrem kurzfristige Kürzung gegen die Stimmen von SPD, Grünen und BfK. Erneut lässt die veröffentlichte Agenda des zuständigen Ausschusses vorab keinen Rückschluss darauf zu, was geplant ist und anschließend beschlossen wird.

Die Ausgangslage:

1. Der **Landkreis Dachau muss sparen**, das ist unbestritten. Karlsfeld kann sich nicht über eine zu hohe Kreisumlage beschweren und im gleichen Atemzug jede Einsparung torpedieren.
2. Der **öffentliche Nahverkehr ist im Verantwortungsbereich des Landkreises**. Auch dies ist unbestreitbar im Grundsatz sinnvoll, sollen die Busse doch den Landkreis insgesamt verbinden. Außerdem lassen sich gemeinsam bessere Preise bei den Busunternehmen erzielen, welche die Strecken bedienen.
3. **Karlsfeld bezahlt mit seiner Kreisumlage den Nahverkehr pauschal** mit, ohne dass offenbar klare Vereinbarungen auch nur darüber existieren, was eine **Grundversorgung** ist und vor allem, wie diese **sinnvoll erreicht werden kann**. Man verlässt sich auf Experten im Landkreis bei der Planung der Routen und der Frequenz der Busse. Im Wesentlichen ist das Busnetz deshalb seit Jahren unverändert, obwohl sich Karlsfeld massiv verändert hat.
4. **Wichtige Fragen zur Entscheidungsfindung konnte die Verwaltung dem Ausschuss nicht beantworten**. Weder die Höhe der erwarteten Einsparungen, warum die nun zusammengelegten Linien überhaupt auf einer offenbar etwas unlogischen Linienführung unterwegs sind, noch wie lange die Konzession für die neue Linienführung denn anschließend läuft, lagen vor. Nicht einmal die Nutzungszahlen der heutigen Linien wurden bereitgestellt.
5. Die Bitte seitens der GRÜNEN, in den Beschluss zur Billigung der Angebotskürzung wenigstens eine Überplanung des Busverkehrs im nächsten Jahr aufzunehmen, wurde vom Bürgermeister schlicht ignoriert.

Fraktion im Gemeinderat Karlsfeld

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Heike Miebach, Michael Fritsch, Cornelia Haberstumpf-Göres, Janine Rößler-Huras, Thomas Nuber
www.gruene-karlsfeld.de

6. Gleiches gilt für den Antrag, die Entscheidung zu verschieben.
7. **Die Kürzung wurde stattdessen mit der Mehrheit der CSU, der FW und des Bürgermeisters beschlossen und treten daher bereits am 15.12.2025 in Kraft.**
8. Unmittelbar vor dem Tagesordnungspunkt wurde über die Sanierung des Tunnels Allach ab 2030 berichtet. Er wird wohl zu einem 5-jährigen Verkehrschaos in Karlsfeld führen.
9. Die zweite S-Bahn-Stammstrecke wird nicht vor 2035 fertig.
10. Diese Kombination aus 6+7 und der fortschreitende Klimawandel lassen nur einen Schluss zu – der öffentliche Nahverkehr muss dringend verbessert werden.
11. Karlsfeld hatte zuletzt bereits den Nachtbus gestrichen, weil er nicht rentabel war.
12. Der 710er Bus fährt nicht mehr durch das Gemeindegebiet.
13. Der Tagesordnungspunkt in der Einladung zum Umwelt- und Verkehrsausschuss lautete „MVV-Regionalbuslinien im Gemeindegebiet Karlsfeld – Überlegungen der ÖPNV-Behörde zu Optimierungen / Einsparungen“. Die Beschlussvorlage, die aber nur den Gemeinderäten zugänglich ist, lautete „Der Gemeinderat erklärt sich mit den Plänen des Landratsamtes Dachau zu den im Sachverhalt genannten Einsparungen / Optimierungen einverstanden“.

Warum ist diese alles hochproblematisch?

Es gibt drei wesentliche Kritikpunkte

1. Entscheidungsfindung

Man kann es eigentlich nur als Frechheit bezeichnen, den Gemeinderat um Zustimmung zu bitten, das Busangebot zu reduzieren, ohne absolut notwendige Details vorzulegen. Der Zeitdruck hätte zu einer sorgfältigen Vorbereitung führen müssen, ggf. hätte jemand vom Landratsamt eingeladen werden müssen. Besonders ärgerlich, der Umwelt- und Verkehrsausschuss war in diesem Jahr bereits zwei Mal ausgefallen, mangels Agendapunkten.

Die Busse in Karlsfeld sind sehr oft verspätet und fallen nach persönlicher Wahrnehmung einiger Gemeinderäte deutlich häufiger aus, als die vorgelegte Statistik dies bescheinigt. Die Linienführung scheint nicht einmal die Gemeinde wirklich zu verstehen. Sie bezahlt den Nahverkehr pauschal aus der Kreisumlage mit, **ohne dass sie offenbar einen echten Einfluss auf die Art seiner Erbringung geltend macht.**

Michael Fritsch, Klimaschutzreferent und Bürgermeisterkandidat sagt dazu: „Niemand würde freiwillig einen Fernseher kaufen, ohne seine Funktionen genau zu kennen. Dem Verkäufer aber gleichzeitig das Recht geben, eben diese Funktionen auch noch nachträglich zu deaktivieren und gleichzeitig den Preis zu erhöhen. So machen wir es aber offenbar im Nahverkehr.“

2. Fehlende integrierte Nahverkehrsstrategie

Es gibt diverse Pläne, wie Karlsfeld mit dem Verkehr in Zukunft umgehen möchte. Sie heißen Verkehrsentwicklungskonzept oder Radverkehrskonzept. In der Theorie könnte man den Streichungswunsch des Landratsamtes dagegen legen und entscheiden, ob er Sinn macht. In der Praxis geschieht das nicht – weil es schlicht keine integrierte Verkehrsstrategie gibt. Mögliche Begründung? Darauf, wo und wann Busse fahren, haben wir keinen Einfluss?!

Fraktion im Gemeinderat Karlsfeld

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Heike Miebach, Michael Fritsch, Cornelia Haberstumpf-Göres, Janine Rößler-Huras, Thomas Nuber

www.gruene-karlsfeld.de

3. Die Transparenz für die Einwohner Karlsfelds ist im Vorfeld der Entscheidung überhaupt nicht gegeben. Teile des Gemeinderats wussten in ihrer Funktion als Kreisräte offenbar genau, was beschlossen werden soll oder sogar musste. Trotzdem sprach die Einladung von „Überlegungen“. Der Agendapunkt hätte lauten müssen: „Genehmigung der Zusammenlegung der Linien 712 und 701 mit Entfall der Fahrten in die Rothschwaige, inklusive Taktreduktionen“. **Dann hätten Bürgerinnen und Bürger die Chance gehabt, mit ihren Gemeindevertretern vorab zu sprechen** oder an der Sitzung teilzunehmen. Das wäre gelebte Demokratie.

Zusammenfassung:

Noch einmal Michael Fritsch: „Im Ergebnis werden Bürgerinnen und Bürger vor Entscheidungen gestellt, die zudem auch noch auf Grundlage völlig unzureichender Informationen von einer extrem knappen CSU-Mehrheit im Gemeinderat durchgedrückt wurden.“

Um die Zusammenarbeit untereinander nicht zu beschädigen, hätte die Pressemitteilung außerhalb des Wahlkampfs an dieser Stelle geendet. So aber sehen wir uns gezwungen festzuhalten, dass sich dieses Verhalten wie ein roter Faden durch die letzten 6 Jahre Gemeindefarbeit zieht. Für schwere Entscheidungen hoher Öffentlichkeitswirksamkeit wird um Einstimmigkeit gebeten (Haushalt, Hallenbad). Im Übrigen werden Anträge der anderen Parteien jedoch gerne gar nicht erst zur Beratung zugelassen (Sozial gestaffelte Kindergartenbeträge, Baumschutzverordnung) oder, wie hier, berechtigte Bedenken ignoriert und Maßnahmen so geräuschlos wie möglich durchgedrückt.

Genau deshalb benötigt Karlsfeld einen grundlegenden Politikwechsel, der mit der Wahl des nächsten Bürgermeisters beginnt.

Fraktion im Gemeinderat Karlsfeld

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Heike Miebach, Michael Fritsch, Cornelia Haberstumpf-Göres, Janine Rößler-Huras, Thomas Nuber
www.gruene-karlsfeld.de